



LINKS TG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
199 · Ausgabe TG · April 2022



DIE SP THURGAU IN FRAUENHAND

Ein Interview mit zwei Präsidentinnen

Abschied und Neuanfang

Am Parteitag der SP Thurgau vom 18. März 2022 in Romanshorn verabschiedeten die anwesenden Delegierten unsere bisherige Präsidentin Nina Schläfli mit einer Standing Ovation. Nach sechs Jahren an der Spitze der SP Thurgau sei «die Zeit reif für frischen Wind, neue Ideen und eine neue Präsidentin», sagte Nina in ihrer Abschiedsrede. Anschliessend wurde Marina Bruggmann einstimmig und ebenfalls mit grossem Applaus zur neuen Präsidentin der SP Thurgau gewählt. An diesem Abend hatten viele der anwesenden Mitglieder ein lachendes und ein weinendes Auge.

Einige Tage nach dem Parteitag bietet sich die Gelegenheit, mit der zurückgetretenen und der zukünftigen Präsidentin einen Rück- bzw. Ausblick zu wagen und über das zu sprechen, was beide bewegt, die Politik im Kanton Thurgau und natürlich die Sozialdemokratie.

Wie seid ihr eigentlich zur Sozialdemokratie gekommen? Gab es ein prägendes Ereignis oder ein Thema, dass euch politisiert hat?

Marina: Die SP war schon immer die Partei, die meine Werte und meine Haltung vertreten hat. Bereits bevor ich in die Partei eingetreten bin, waren meine Weltansicht und meine Handlungen immer sozial verankert. Somit war für mich klar, wenn ich einer Partei beitrete, dann nur der SP.

Nina: Ich war zuerst Mitglied bei der JUSO. Beigetreten bin ich wegen des unsäglichen Abstimmungskampfes zur Minarettinitiative. Erst während des Gemeinderatswahlkampfes 2011 bin ich dann auch der SP beigetreten, damals vor allem wegen der Mitglieder, die ich während der gemeinsamen Wahlkampfaktivitäten kennengelernt hatte.

Welche Herausforderungen seht ihr für die Sozialdemokratie im Thurgau? Wo können und müssen wir uns noch verbessern?

Nina: An Herausforderungen mangelt es lei-

der nicht. Der Kanton Thurgau ist nicht sonderlich sozial, offen oder gerecht. Verbessern können wir uns vor allem in der Beständigkeit und der Vehemenz. Auch wenn es ermüdend ist, ständig Missstände anzuprangern und Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Erst recht, wenn man dabei noch ständig unterliegt. Hartnäckig zu bleiben, lohnt sich aber: Das haben wir z.B. bei der Abschaffung der «Schwarzen Liste» für Kinder und Jugendliche gesehen. Zahlreiche Mitglieder auf allen politischen Ebenen wurden während Monaten nicht müde, an den skandalösen Zustand zu erinnern, dass Kindern und Jugendlichen eine medizinische Grundversorgung im Thurgau verwehrt bleibt, wenn ihre Eltern die Krankenkassenbeiträge nicht bezahlt haben.

Marina: Der Kanton Thurgau wird von der bürgerlichen Mehrheit dominiert. Unsere Aufgabe ist und wird es weiter sein, die sozialen Anliegen vorzubringen, uns dafür im

Fortsetzung auf Seite 10 ►

Fortsetzung von Seite 9 ►

Kanton einzusetzen und sie mehrheitsfähig zu machen. Dabei ist mir der Einbezug der Bevölkerung und der Parteibasis wichtig. Besonders die jungen Erwachsenen sollen mehr gehört und ihre Anliegen vertreten werden.

Nina: Dazu möchte ich gleich noch etwas ergänzen: Wir müssen uns auch unbedingt in der Kommunikation nach aussen verbessern. Wir sind in den Parlamenten und auf der Strasse sehr aktiv, haben gute Ideen und arbeiten viel, verpassen es aber, das auch der Bevölkerung näher zu bringen.

Viele Medien berichten, dass uns die Grünen den Rang ablaufen. Blödsinn! Warum braucht der Thurgau heute mehr Sozialdemokratie?

Marina: Gerade im Thurgau hinken wir bei vielen sozialen Anliegen und der Gleichstellung klar hinterher. Gemeinsam für diese Themen und eine «grüne Zukunft» einzustehen, ist etwas Positives und sollte nicht negativ interpretiert werden.

Nina: Die Klimawende geht nur sozialverträglich. Es ist an uns, dafür zu schauen, dass die Menschen mitgenommen werden und die Ärmsten nicht auch noch dafür bezahlen müssen, während die Reichsten weiterhin munter CO₂ produzieren, weil sie es sich leisten können.

50+ Jahre Frauenstimmrecht in der Schweiz. Die SP Thurgau wird zum dritten Mal hintereinander von einer Frau präsiert. Macht euch das stolz, wie weit wir gekommen sind? Was gibt es aus eurer Sicht noch zu tun?

Nina: Ich war meistens die einzige Frau unter ganz vielen Parteipräsidenten. Aus dieser Perspektive macht mich das stolz. Parteintern betrachtet ist es das Ergebnis jahrzehntelanger Arbeit, und es mangelt zum Glück nicht an Vorbildern: Grossartige Frauen, aber auch viele Männer, denen Gleichstellungspolitik ein echtes Anliegen ist. Zu tun gibt es noch viel: Die Lohnungleichheit ist immer noch nicht erreicht, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist mangelhaft, die Verteilung von Sorgearbeit ist sehr ungleich, Frauen erhalten tiefere Renten und sind häufiger von Altersarmut betroffen, usw. usf.

Marina: Zu denken geben sollte, dass dies immer noch ein Thema und eine Frage wert ist. Aber ja, ganz klar hat sich sehr viel verändert und bewegt. Was die SP bewirkt und erreicht hat – mit allen engagierten und starken Personen, die sich für dieses Thema eingesetzt haben –, macht stolz. Es gibt jedoch noch viel zu tun und ich hoffe, dass es irgendwann keine Frage mehr wert ist.

Ihr beide seid neben eurer politischen Tätigkeit auch berufstätig und habt eine Familie. Wie macht ihr das mit der Vereinbarkeit?

Marina: So wie alle berufstätigen Familiensmenschen – mit Engagement, Herzblut, guter Organisation und viel Unterstützung.

Nina: In unserer jungen Familie wird noch ziemlich viel improvisiert. Ich bin mir sicher, dass es das grosse Thema der kommenden Jahre sein wird. Die Suche nach einem Kita-Platz war schon nicht einfach, von den Kosten ganz zu schweigen ... Gut, gibt's jetzt die Kita-Initiative.

Hand aufs Herz. Wie sehr nerven euch diese Fragen? Müssen sich nicht auch die Männer bzw. die ganze Familie mehr mit Vereinbarkeit auseinandersetzen?

Nina: An dieser Frage nervt mich vor allem, dass sie Männern gar nicht erst gestellt wird.

Marina: Da pflichte ich Nina voll und ganz bei! Und zu deiner Frage, selbstverständlich. Vereinbarkeit funktioniert nur, wenn die ganze Familie dahintersteht und dies umsetzt. Es braucht das Zusammenspiel von allen, ansonsten ist «Vereinbarkeit» nur ein Wort und nicht realisierbar. Zum Glück funktioniert dies bei meiner Familie voll und ganz.

Fragen von Nina an Marina

Was hat dich bewogen, dich für das Präsidium zu bewerben?

Nach intensiven Gesprächen mit der Familie, Freunden und Vertreter:innen aus der Partei habe ich für mich entschieden, dass ich diese neue Herausforderung gerne annehmen und mich voll einbringen möchte. Ich bin mir sicher, dass ich mit meiner Erfahrung und Einstellung etwas bewirken kann, und freue mich auf meine neue Aufgabe die SP Thurgau weiter voranzubringen. Es gibt schliesslich noch einiges zu tun im Kanton Thurgau.

Wo möchtest du neue Akzente setzen?

Die SP Thurgau soll eine starke und wahrgenommene Partei im Kanton sein und als solche wirken. Dabei sind mir die Sozial- und Gesundheitspolitik sehr wichtig. Hier möchte und werde ich sicher weiter sehr aktiv sein. Ausserdem braucht es eine zeitgemässe, für alle zugängliche Energiepolitik.

Wenn du jetzt sofort etwas umsetzen könntest, dann ...?

... würde ich das Stimmrechtsalter auf 16 Jahre herabsetzen.

Du warst ja lange Zeit auch Gemeinderätin in Salmsach. Was reizt dich an kommunaler und kantonaler Politik?

Ich kann die Anliegen der Bevölkerung persönlich abholen und hier vor Ort wirken – nahe bei den Menschen. Ich habe das Gefühl, dass ich hier wirklich was bewirken und verändern kann und gehört werde. Die Veränderungen betreffen mich direkt, meine Familie und Nachbarn und Freundinnen – das Engagement ist direkt sichtbar und für mich eine Herzensangelegenheit.

Du bist seit Jahrzehnten die erste Präsidentin, die nicht aus einer Stadt kommt. Spielt das eine Rolle?

Nein, nicht im Kanton Thurgau. Für mich spielt dies überhaupt keine Rolle. Die Themen, die mich hier beschäftigen, betreffen alle.

Fragen von Marina an Nina

Was zählst du zu deinen grössten Erfolgen und worauf bist du besonders stolz?

Besonders gefreut habe ich mich darüber, dass wir gegenüber dem Zeitpunkt meines Amtsantritts 10% mehr Mitglieder haben. Dann fand ich die Kampagnen zur Lohnungleichheit in Zusammenarbeit mit Gemeindeparlamentarier:innen sowie für die nationalen Wahlen 2019 sehr gelungen. Der weitreichendste Erfolg war sicherlich die Abschaffung der «Schwarzen Liste» für Kinder und Jugendliche. Oder die Annahme der Initiative zur Einführung des Öffentlichkeitsprinzips, an der wir massgeblich beteiligt waren. Allerdings ist nichts davon «mein» Erfolg, überall waren die Arbeit und die Ideen von ganz vielen engagierten Mitgliedern und Mitstreiter:innen von entscheidender Wichtigkeit.

Welche Entscheidungen bedauerst du? Gibt es etwas, das du heute anders entscheiden würdest?

Wir hätten viel aggressiver in die Abstimmung zur Unternehmenssteuer gehen sollen. Da haben wir mit Kompromissen in der Kampagne und zu wenig Aktivität einiges verschenkt. Ausserdem ist mir die eine oder andere Kommunikationspanne unterlaufen. Daraus habe ich gelernt: Lieber einmal zu viel Rücksprache halten oder informieren als zu wenig.

Wir sind gespannt: Wie geht es bei dir politisch weiter?

Ich habe noch viel vor, aber erst mal bin ich einfach nur Kantonsrätin und Parteimitglied. Ich habe ganz viele Themen auf der Liste, die ich gerne angehen würde: zum Beispiel zur transparenten Parteienfinanzierung oder für verbindliche Vorgaben zum «case management», daran arbeiten wir ja gerade zusammen. Dann geht mir die Klimawende zu langsam, die Asylpraxis wirft viele Fragen auf und die Superreichen werden auch im Thurgau steuerpolitisch hofiert, während andere nicht wissen, wie sie z. B. ihre Miete bezahlen sollen.

Welchen letzten Tipp möchtest du mir mitgeben?

Gute Planung ist alles, aber auch: Es kommt immer anders, als man denkt. Und noch einen: Werde hellhörig, wenn die Worte «Thurgauer Weg» oder «Kanton der kurzen Wege» fallen. Häufig handelt es sich dabei um ein Verlegenheitsargument.

Nachhaltige Mobilität statt Strassen auf Vorrat

«Ja, es tut sich oft nur zu viel Eifer für neue Strassen kund, so dass man schon veranlasst war, zu besorgen, das Strassenfieber möchte in eine Epidemie ausarten.» Johann A. Pupikofer in seiner Geschichte des Thurgaus, 1837



Walo Abegglen, ehemaliger Gemeinderat Kreuzlingen

Am Parteitag vom 18. März kürte die SP TG mit Marina Bruggmann nicht nur eine neue Präsidentin, sie verabschiedete mit 52 Ja und 6 Enthaltungen auch nachstehende Resolution zu BTS und OLS:

«Mit Genugtuung nimmt die SP Kenntnis vom Vorschlag des Bundesrates, die Nationalstrasse BTS zurückzustellen. Die Botschaft ans Parlament ist deutlich: Aus nationaler Sicht bestehe ein «geringer Problemdruck», der gewählte Ansatz sei kaum zielführend. Zu gross der Kulturlandverlust, zu schlecht das Kosten-Nutzenverhältnis, die «verkehrlichen Grundsätze des Bundes» würden zu wenig beachtet. Folgerichtig sieht der Bund bzw. das durchaus strassenfreundliche Astra vor, «den gesamten Korridor einer umfassenden Prüfung zu unterziehen». Und zwar als Resultat anerkannter Analyseinstrumente! Die Zeit für Strassenbau auf Vorrat ist vorbei; die Zeit, Steuergelder für die finanziell aus dem Ruder gelaufene BTS zu verbrennen, ist nicht gegeben, zur Zeit erst recht nicht. 800 Mio. haben wir 2012 bewilligt, heute sind es 1,7 Mrd. Befremdend, wie der Chor der Enttäuschten dies jetzt ausblendet. Die SP unterstützt mit Nachdruck die Überprüfung des Thurtal-Korridors: keine BTS, dafür sektorielle Verbesserungen und eine Stärkung der leistungsfähigen ÖV-Achse. Die SP will keine neuen Schnellschüsse – eine verlängerte «OLS plus» von Kreuzlingen nach Arbon kommt nicht in Frage. Die SP fordert, den veränderten Entscheidungsgrundlagen endlich Rechnung zu tragen.»

Eine Resolution, die auch programmatisch ganz auf der Linie unserer Partei liegt:

«Wir wollen nachhaltige Mobilität statt Hochleistungsstrassen auf Vorrat»

Parteiprogramm SP TG, 2012

«Mit dem Ausbau von Strassen werden Staus nicht beseitigt, im Gegenteil. Die Überlastung der Strassen lösen wir nur durch eine Verminderung des Individualverkehrs...»

Parteiprogramm SP Schweiz, 2012

Blenden wir kurz zurück: 2012 wurde «vernetzt», was so nicht zusammengehört. Die Thurgauer:innen wurden gezwungen, über zwei Halbautostrassen (BTS und OLS) gemeinsam abzustimmen. Der Trick verding, leere Versprechungen garnierten das Abstimmungsmenu: Der Bund (also auch wir) zahle und übernehme die BTS sowieso, «dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen werde höchste Beachtung geschenkt» etc. Wohl einmalig und grenzwertig zugleich: die damals ausgelöste Propagandalawine seitens Kanton und Gemeinden, zugewandter Interessenverbände und Parteien. Gut 54 % sagten schliesslich Ja zum sog. Netzbeschluss, zahlreiche (Seerücken-)Gemeinden Nein.

2005 hatten die Thurgauer:innen zwei – voneinander getrennte – Strassenvorlagen abgelehnt: die Thurtalstrasse T14 von Bonau bis Romanshorn (53 %), ebenso die sog. Südumfahrung von Kreuzlingen-Bernrain bis Münsterlingen (56 %). Was der «Kanton» eigenmächtig als Auftrag interpretierte, noch mehr alten Wein in neuen Schläuchen zu servieren: die T14, aufgeplustert zur BTS, dazu als siamesischer Zwilling eine Halbautostrasse Amriswil–Kreuzlingen, schönfärberisch und effekthascherisch als «Oberlandstrasse» tituliert.

Nun gut, damals fehlte noch «ein ganzheitliches und langfristiges Instrument für eine gemeinsame Sicht des Thurgaus der Zukunft»:

«Die intakte Landschaft schafft die tragende Atmosphäre und ist damit das Rückgrat sowie der zentrale Trumpf des Kantons.» [!]

Aus: «Strategie Thurgau 2040», spezifischer Erfolgsfaktor: intakte Landschaft

Zur Gegenwart: Warum soll, ja muss das Parlament im Herbst den Vorschlag des Bundesrates annehmen – allem Gepolter und Aktivismus der «Vereinigten Thurgauer Strassenallianz» zum Trotz?

Weil das Bundesamt für Strassen mit anerkannter und vergleichender Methodik zu einem überdeutlichen Befund gekommen ist:

«Im nationalen Vergleich sind die Probleme aber insgesamt gering. Das Vorhaben zieht einen hohen Flächenbedarf nach sich, bedingt ... beträchtliche Eingriffe in die Landschaft und verursacht im Vergleich zum erzielten Nutzen sehr hohe Kosten. In der Summe bestehen Zweifel an der Kompatibilität des Vorhabens mit den verkehrs- und umweltpolitischen Vorgaben des Bundes. Der Bundesrat sieht deshalb von der Aufnahme des Vorhabens ins STEP Nationalstrassen ab.»

Aus: Vorlage des Bundesrates vom 26.1.22

Weiten wir den Blick nochmals über den Vorentscheid des Bundes hinaus.

BTS und OLS weisen im eigenössischen Vergleich geringe (prognostizierte) Durchflussmengen auf – diese rechtfertigen heute und morgen keinen Strassenbau auf Vorrat. Was man im Thurgau auch weiss, deshalb die Verkaufsmasche: «mehr als nur Strassen». Viele Neubauten bieten sich so noch an: heute die BTS, morgen die Neuauflage einer «Panoramastrasse» von Kreuzlingen nach Diessenhofen, und so weiter. Dazu kommt seit Jahr und Tag oft genug eine Augenwischerei – die ewiggleichen Entlastungsverprechen: Der dominante Durchgangsverkehr wird kleingeredet, Entlastungswirkung (am St. Nimmerleinstag) vorgegaukelt und übertrieben, kombinierte Strategien werden absichtsvoll vernachlässigt. Paradebeispiel: der Korridor Kreuzlingen – Bottighofen.

Der ÖV auf der Thurtalachse hat bereits gute Qualität, soll weiterentwickelt werden, kann viel künftigen (Zusatz-)Verkehr abschöpfen. Sofern der politische Wille vorhanden ist ... Es ist finanzieller und ökologischer Unsinn, zwei Luxusverkehrssysteme ständig weiter hochzurüsten und zu unterhalten. Was aber auch heisst: Abschied nehmen von einer BTS Ausgabe 2012, erst recht von einer OLS – gleichzeitig Problemstellen analysieren, gezielt entschärfen, wo sinnvoll beheben. Und zwar jetzt und heute! Nicht wieder absichtsvoll zuwarten und nicht erneut mit gigantischem Aufwand und Ressourcenverschleiss ein neues Strassenpäckli aushecken!

Wirtschaftsförderung mittels neuer Hochleistungsstrassen? Auch als «Wirtschaftspartei» müssen wir hier unser Veto einlegen. Wirtschaft(swachstum) hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab, vom Steuerfuss bis hin zu qualifizierten Arbeitskräften. Dazu kommen immer stärker neue Technologien und hybride Formen des Arbeitens, diese sind

Fortsetzung auf Seite 12 ▶

Fortsetzung von Seite 11 ►

strassenunabhängig. Wirtschaftsförderung durch Strassen à la BTS/OLS ist endgültig aus der Zeit gefallen, verstärkt oft den (Pendler-) Sog in die Zentren, verstetigt überdimensionierte Tiefbau-Kapazitäten, fördert die weitere Zersiedlung und «Aargauisierung» unseres Kantons. Zudem: Alle TG-Regionen haben hinreichend Anschluss, auch der Oberthurgau über die N23.

Abschliessend zwei grundsätzliche Feststellungen:

1. Die Entscheidungsgrundlagen haben sich seit 2012 sehr stark verändert: Klimakrise, fortschreitende Abnahme von Biodiversität und Artenvielfalt, weiterer Kulturlandverlust. Wann, wenn nicht jetzt, nehmen wir das alles endlich ernst, ziehen dort die Konsequenzen, wo wir sofort können? Volksentscheide sind nicht in Stein gemeisselt, bei «chirurgisch-irreversiblen» Eingriffen noch viel weniger.

Und dass die Abstimmung von 2012 demokratiepolitisch fragwürdig war, lässt sich nicht wegwischen.

2. Die SP ist gut beraten, in solchen Fragen die Reihen wieder ganz zu schliessen, mehr Biss, mehr Profil, mehr öffentliche Präsenz zu zeigen. Sachlich und programmatisch ist dies mehr als naheliegend. Partei- und wahlpolitisch wohl schlicht zwingend ...

- Strassenplan, siehe www.bts-ols.tg.ch
- TG-Strassengeschichte, siehe www.seeruecken-komitee.ch/chrono/

Bericht aus der Arbeitsgruppe Kinderbetreuung

Der «Bericht familien- und schulergänzende Kinderbetreuung im Kanton Thurgau» vom 26. November 2020 hat belegt, dass die Förderung und die finanzielle Unterstützung von Kinderbetreuungseinrichtungen durch die öffentliche Hand Lücken aufweist. Die Befragung der Politischen Gemeinden hat aufgezeigt, dass mehrheitlich keine Angebots- und Bedarfserhebungen durchgeführt werden, obwohl die Politischen Gemeinden gemäss Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung dazu verpflichtet sind. Diese Ausgangslage veranlasste die SP Thurgau, das Thema in einer Arbeitsgruppe vertiefter anzugehen.

Mangelndes Angebot, tiefe Erwerbsquote

Die Erwerbsquote von Müttern mit Kindern im Alter von 0 bis 12 Jahren ist im Kanton Thurgau vergleichsweise tief. Studien zeigen, dass neben persönlichen Präferenzen das verfügbare Angebot sowie die Kosten für die externe Kinderbetreuung einen Einfluss auf das Erwerbsverhalten von Familien mit Kindern haben. Im Kanton Thurgau haben 60 % der Politischen Gemeinden – in denen insgesamt ein Drittel aller Vorschulkinder wohnen – kein eigenes Kita-Angebot. Für die ganztägige schulergänzende Betreuung existiert in 80 % der Schulgemeinden kein Angebot.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, wäre ein flächendeckendes Angebot an Betreuungsplätzen sowohl für Vorschul- als auch für Schulkinder aus Sicht der SP Thurgau wichtig.

Sehr hohe finanzielle Belastung

Zum mangelnden Angebot kommt hinzu, dass die finanzielle Belastung der Haushalte durch die familienexterne Betreuung von Vorschulkindern im Kanton Thurgau sehr hoch ist. Die Eltern tragen im Durchschnitt 89 % der Kosten für die Betreuung in Kitas selbst und sind damit deutlich stärker belastet als in anderen Kantonen der Schweiz. Für die SP Thurgau ist daher klar, dass sich die öffentliche Hand

(politische Gemeinden, Schulgemeinden und der Kanton) stärker an der Finanzierung der familienergänzenden Betreuung beteiligen sollte. Dadurch wären einerseits die Erwerbsanreize für Familien grösser. Andererseits wären die Nutzungshürden für sozial belastete Familien tiefer, womit ein wichtiger Beitrag zur Förderung der Chancengerechtigkeit geleistet werden könnte.

Die Politischen Gemeinden sind gemäss §3 ff. Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (RB 861.1) verpflichtet, Erhebungen zum Angebot und Bedarf an familien- und schulergänzender Betreuung durchzuführen. Diese Aufgabe nehmen jedoch sehr viele Gemeinden nicht wahr: So führen 13 Politische Gemeinden im Thurgau regelmässig Angebotserhebungen und nur deren 24 regelmässig Bedarfserhebungen zu familienergänzender Betreuung durch. Bei der schulergänzenden Betreuung sind die Zahlen mit 7 Angebots- und 15 Bedarfserhebungen noch etwas tiefer, wobei in diesem Bereich Bedarf und Angebot teilweise auch von den Schulgemeinden erhoben werden.

Mit dem Fragebogen zum Gemeinderat

Die SP Thurgau möchte den Politischen Gemeinden ihren gesetzlichen Auftrag in Erinnerung rufen und mit ihnen das Thema familien- und schulergänzende Kinderbe-

treuung diskutieren. Aus diesem Grund hat die Arbeitsgruppe der SP Thurgau einen Fragebogen für die Politischen Gemeinden ausgearbeitet. Die lokalen Sektionen werden mit dem zuständigen Mitglied der Gemeindebehörde Kontakt aufnehmen mit der Bitte, den Fragebogen für ihre Gemeinde auszufüllen (Dauer ca. 5–10 Minuten).

Die erhobenen Resultate dienen als Grundlage für ein Gespräch, welches die lokale Sektion mit der Gemeinderätin oder dem Gemeinderat führen wird, mit dem Ziel, die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung in der Gemeinde zu stärken und zu verbessern.

Die Fördergelder des Bundes für neue Betreuungsplätze in Kindertagesstätten werden in der Ostschweiz sehr zurückhaltend und fast ausschliesslich von städtischen Gemeinden abgeholt. Diese Möglichkeit besteht noch bis 2023, ob die Anschubfinanzierung des Bundes anschliessend weiterhin zur Verfügung stehen wird, ist aktuell noch offen.

Nun sehen wir gespannt der KITA-Initiative der SP Schweiz entgegen und hoffen, dass dadurch auch in der Ostschweiz die Situation im Kinderbetreuungsbereich verbessert werden kann.

Wer am Fragebogen oder weiteren Informationen interessiert ist, darf sich gerne bei Kantonsrätin Barbara Dätwyler Weber barbara.daetwyler@stadtfrauenfeld.ch melden.

Quellen

- Kanton Thurgau: Bericht familien- und schulergänzende Kinderbetreuung 2020
- Kanton Thurgau: Rechtsbuch, RB 861.1 – Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung
- Fragebogen SP Thurgau, Arbeitsgruppe
- Kinderbetreuung – <https://www.tagblatt.ch/ostschweiz/bundesprogramm-ausbau-der-externen-kinderbetreuung-ostschweiz-beteiligt-sich-nur-maessig-ld.2254473>